

Leserbrief

„Rheinmetall in Neuss und die neue Kriegsökonomie“

(Terz 04.25, S. 9)

Liebe Terzler,

Als geborener Neusser und gelegentlicher Terz-Redakteur habe ich mit Interesse den Artikel zu den Aktivitäten von Rheinmetall und der Neusser Stadtoberen in Bezug auf die Aufrüstung der Bundeswehr, die Wehrhaftmachung Europas und die Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland studiert.

Die Verfasserin des Artikels, Valentine, diagnostiziert ein Ungleichgewicht von Aufrüstung und Friedensbemühungen und möchte den Schwerpunkt der Politik in Richtung letzteren gelegt wissen. Ganz dem Zeitgeist verhaftet konstatiert sie jedoch: „Die Notwendigkeit, die Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg zu unterstützen, steht außer Frage.“ Und im letzten Abschnitt wiederholt sie ihr Bekenntnis: „Die Unterstützung von Menschen und Staaten, die sich gegen bewaffnete Angriffe verteidigen müssen, ist notwendig.“

Warum Staaten – und hier im speziellen Fall die Ukraine – gegen Angreifer geschützt werden sollen, erfährt man nicht. Als selbstverständlich wird wohl vorausgesetzt, dass Artikel 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen für das Handeln von Staaten eine anerkannte Gültigkeit besitzt. Dabei fällt unter den Tisch, dass der angegriffene wehrhafte Staat seine Bevölkerung ungefragt zum Töten und Sterben an die Front schickt und mit der Zerstörung von Dörfern und Städten diesseits und jenseits der Frontlinie die Lebensgrundlage vieler Menschen vernichtet.

Die Zustimmung der Bevölkerung zur Kriegsführung mag im Verlauf des Krieges zwar bröckeln, aber eine weitgehende Interessenidentität von Bevölkerung und Staat bleibt bestehen: Der Staat verkauft sein Bemühen, sein Staatsgebiet zu verteidigen, als Dienstleistung für sein Volk.

Weder in Friedens- noch in Kriegszeiten stimmt diese Gleichsetzung, die Interessenidentität. Die große Masse der Bevölkerung in der Ukraine lebt recht bescheiden von der Subsistenzwirtschaft oder von Lohnarbeit, mit der sie die Taschen der Reichen füllt und selber in der Regel ziemlich leer ausgeht. Und diese ökonomischen und rechtlichen Bedingungen, die zum offensichtlichen Gegensatz zwischen der arbeitenden und der besitzenden Klasse von Kapital und Grundbesitz führt, werden von einem über alle Antagonismen in der Gesellschaft herrschenden Staat gewährleistet.

Für solche Verhältnisse soll die arbeitende Klasse den Kopf hinhalten? Wäre es nicht sinnvoller, wenn die Bevölkerung auf beiden Seiten der Front die Solidarität mit ihrer Staatsgewalt kündigt und unter der alten Parole „Krieg dem Krieg“ ihre Teilnahme an der Durchführung der mörderischen Pläne ihrer demokratisch gewählten Machthaber verweigert?

T.

Nachtrag

Am späten Nachmittag des 13. März fand auf Antrag der Gruppe „Neuss Jetzt“ eine außerordentliche Stadtratssitzung statt. Eine kämpferische Rede von Michael Klinkicht war der Auftakt einer Lehrstunde in Sachen Demokratie. Klinkicht verurteilte die Kriegsunterstützung und die Maßnahmen zur Kriegstüchtigkeit der BRD. Mit einem historischen Rückblick zeigte Klinkicht das Umfallen der großen Friedensparteien, SPD und Grüne, und deren Wandlung zu Kriegsparteien. In der Debatte fühlte sich der Vorsitzende der Fraktion der Linken, Sperling, von

Klinkicht nicht genügend gewürdigt und hob hervor, dass auch seine Partei an vorderster Front der Kriegsunterstützer der Ukraine stünde. Nachdem Bürgermeister Breuer mehrfach Klinkicht ermahnte, doch endlich zur Sache zu kommen, übergab er einem Knecht zu seiner linken Seite das Wort. Dieser betonte, dass die Umstellung der Produktion bei Rheinmetall deren Angelegenheit sei, wenn alle Umwelt- und sonstigen Rechtsfragen geklärt seien. Nichts spräche gegen eine anderweitige Nutzung der Produktionsanlagen. Schließlich bestimme der Eigentümer über die Nutzung seines Eigentums.

Auf der Tribüne hatten sich ca. 30 Friedensfreunde versammelt, die in einer schriftlichen Stellungnahme, die sie vor der Ratssitzung verteilt hatten, sich zur Produktionsumstellung von Rheinmetall in Neuss ähnlich äußerten wie Valentine in der TERZ. In einem Flyer bekundeten auch sie ihre nationale Verantwortung, indem sie den „Schutz bestehender Staatsgrenzen vor Angriffen, Bedrohungen und fremder Einmischung“ forderten und die „Beschränkung von Militär auf Landesverteidigung“ befürworteten. Es war also nicht verwunderlich, dass solche Genossen den rechtsbewussten Stadträten mit lautstarken Protesten nicht in die Parade fuhren. Denn wer auf Landesverteidigung wert legt, sollte doch auf Augenhöhe mit dem Feind aufgerüstet sein. Da ist kein Panzer, kein Bomber, keine Fregatte und kein Soldat zu viel!